

28.10.2008

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

**über die Sitzung des  
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt  
am 09.10.2008**

**Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr  
Sitzungsende: 16:40 Uhr  
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau**

### **Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

#### **Fraktion der CDU**

Lohde, Jacqueline

#### **Fraktion der CDU**

Rumpf, Frank

Vertretung für Herrn Mau

#### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Sauermilch, Werner Dr.

Vertretung für Herrn Schönemann

Geier, Erhard

Entschuldigt

#### **Fraktion der SPD**

Laue, Harald

#### **Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**

Tonndorf, Klaus

Vertretung für Herrn Böhler

Hofmeister, Dirk

Entschuldigt

#### **Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**

Schmidt, Holger Dr.

Abwesend zum TOP 4.2

#### **Fraktion der FDP**

Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

## **Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie der form- und fristgerechten Ladung**

Nach der Begrüßung durch **Frau Lohde, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte sie die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

## **Bestätigung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung stellte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, den **Antrag**, die am 06.10.08 ausgereichte Informationsvorlage DR/IV/096/2008/VI-65 „Ordnungsmaßnahme Elisabethstraße 12 – ANDES, Umgang mit den verbliebenen Hallen“ zur zusätzlichen Behandlung auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen.

Nachdem **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, anmerkte, dass er die Informationsvorlage nicht erhalten habe, schlug er vor die Thematik in der kommenden Sitzung zu behandeln.

In der Dienstberatung des OB am 06.10.08, so **Herr Bürgermeister Gröger**, wurde angeregt, die Thematik in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- sowie des Jugendhilfeausschusses zu behandeln. Am heutigen Tag soll lediglich eine Information des Ausschusses erfolgen, so dass für die nächste Sitzung eine Entscheidung vorbereitet werden könne.

## **Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Aufnahme der Informationsvorlage DR/IV/096/2008/VI-65 auf die Tagesordnung:**

**2 : 5 : 0**

Aufgrund des engen Zeitrahmens für die heutige Sitzung, beantragte **Herr Bürgermeister Gröger**, die unter Tagesordnungspunkt 5.1.1 vorgesehene Vorstellung des Verkehrskonzepts Museumskreuzung in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Dem wurde zugestimmt, so dass über die Tagesordnung in der ungeänderten Form abgestimmt werden konnte.

## **Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

## **Öffentliche Tagesordnungspunkte**

- 1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 26.08.2008 sowie der gemeinsamen Sondersitzung der Ausschüsse für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 11.09.2008**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 26.08.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es Bestätigung fand.

## **Abstimmungsergebnis:**

**5 : 0 : 2**

Zum Protokoll der gemeinsamen Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 11.09.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

**5 : 0 : 2**

**2. Bekanntgabe der Beschlüsse des Gremiums im nichtöffentlichen Teil der Sitzung am 26.08.2008**

**Frau Lohde, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 26.08.2008 der Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise nach Ablauf des Papierentsorgungsvertrages mit der DRL GmbH am 31.12.2008 sowie die Vergabe von Planungsleistungen Technische Ausrüstung für die Baumaßnahme Umbau des ehemaligen Kaufhauses zur Stadtteilbibliothek, 06862 Dessau-Roßlau, Hauptstr. 11 beschlossen wurde. Des Weiteren wurde über die Erteilung der Liniengenehmigungen für den Buslinienverkehr in der Stadt Dessau-Roßlau informiert.

**3. Öffentliche Informationsvorlagen**

**3.1. Erhebung von Ausgleichsbeträgen Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau  
Vorlage: DR/IV/084/2008/VI-60**

Einführend erklärte **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, dass die Thematik der Erhebung von Ausgleichsbeträgen aus dem Sanierungsgebiet Dessau-Nord bekannt sei und dort erfolgreich durchgeführt werde. Er informierte weitergehend zur Verfahrensweise bei der Ermittlung des Ausgleichsbeitrages sowie der bereits durchgeführten Beteiligung der Betroffenen.

Auf Nachfrage von **Frau Lohde, Fraktion der CDU**, erläuterten **Herr Schmieder** und ergänzend **Frau Fehrenbach, Bauverwaltungsamt**, die Ermittlung der Ausgleichsbeiträge.

**Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, bezeichnete die Differenzen zwischen Anfangs- und Endwert in der Bodenwertermittlung mit 5 – 10 €/m<sup>2</sup> als sehr moderat und wegen der Abschläge als attraktiv für die Eigentümer.

Nachdem sich durch die durchgeführten Maßnahmen in den Sanierungsgebieten Dessau-Nord und –Nordwest sowie Roßlau-Altstadt die Philosophie der Städtebauförderung bestätigt habe, so **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, werde es künftig schwieriger, neue Sanierungsgebiete auszuweisen, da vielfach auf die Nutzung der Programme Stadtumbau Ost und Soziale Stadt verwiesen werde. Hierzu sei eine weitere Diskussion nötig, die er bereits auf einem Kongress des BMVBS zur Zukunft der Städtebauförderung am 28.10.08 in Berlin führen werde.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

#### 4. Öffentliche Beschlussvorlagen

##### 4.1. **Maßnahmebeschluss zur Erneuerung der Beleuchtungsanlage im Mittelweg, OT Roßlau** **Vorlage: DR/BV/316/2008/II-EB**

Eingangs informierte **Frau Jaquet, Eigenbetrieb Stadtpflege**, darüber, dass der Ortschaftsrat Roßlau in seiner Sitzung am 25.09.2008 der Vorlage mehrheitlich zugestimmt habe. Die ursprünglich ungeplante Maßnahme begründet sich auf Erdverkabelungsmaßnahmen der enviaM. Da die Freileitungsanlagen als desolat zu bezeichnen seien, habe man sich gegen die Übernahme und für eine komplette Erneuerung der Straßenbeleuchtung entschieden. Eine Einschätzung des baulichen Zustandes der Altanlage und den zu erwartenden Kosten für die notwendigen Reparaturleistungen in Höhe von ca. 14.000 € wurden der Vorlage beigelegt. Die Kosten für die Erneuerung der Anlage, die straßenausbaubeitragspflichtig und mit Energieeinsparungen verbunden sei, belaufen sich auf ca. 36.000 €. Der durchschnittliche Betrag für ein Wohngrundstück belaufe sich auf ca. 250 €.

Auf Nachfrage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, hinsichtlich der Finanzierung der ungeplanten Maßnahme, erklärte **Frau Jaquet**, dass die Maßnahme aus dem Finanzplan des Eigenbetriebs für Investitionen Straßenbeleuchtung finanziert werde. Der Betriebsausschuss werde in seiner nächsten Sitzung den entsprechenden Beschluss fassen.

**Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, wies auf die noch durchzuführende Bürgerversammlung hin. Aufgrund der gültigen Straßenausbaubeitragsatzung in Roßlau sei keine Zustimmung der Bürger einzuholen.

Demnächst werde man dem Gremium die Novellierung der Straßenausbaubeitragsatzung für die Stadt Dessau-Roßlau vorlegen, das das Roßlauer Verfahren zur Einbeziehung der Bürger zum Vorbild nehme.

**Herr Dr. Sauermilch, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wies auf die lange Forderung zur Erneuerung der Beleuchtung im Mittelweg hin und bezeichnete die Gelegenheit der Durchführung im Zusammenhang mit den Maßnahmen der enviaM als günstig und die Beteiligung der Bürger als moderat.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert, der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

##### **Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

##### 4.2. **Zustimmung zum vorliegenden Befreiungsantrag für das Grundstück Altmühlstraße 30 (B-Plan Nr. 146 "Wohngebiet Große Loos") zur Errichtung eines Carports mit Anbau** **Vorlage: DR/BV/325/2008/VI-61**

Bei dem zur Diskussion stehenden Befreiungsantrag handelt es sich um eine Solitär- bzw. Randgrundstück im Baugebiet „Große Loos“ in Dessau-Ziebigk, so **Herr Schmidt, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**. Da die Befreiung von den B-Planfestlegungen städtebaulich als vertretbar zu bezeichnen sei und die Grundzüge der Planungen nicht berührt werden, seien die Voraussetzungen gegeben, dem Antrag stattzugeben.

Auf Nachfrage des **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, nach der Entscheidungsbefugnis, erklärte **Herr Schmidt**, dass dem Ausschuss per Gesetz die Zuständigkeit zukomme.

Weitere Rückfragen wurden nicht gestellt, der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

6 : 0 : 0

**4.3. Abwägung der zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 205 "Wohnbebauung Bräsener Weg" vorgebrachten Stellungnahmen  
Vorlage: DR/BV/352/2008/VI-61**

**Herr Schmidt, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege** erläuterte in seiner Einführung, dass der zur Abwägung anstehende Bebauungsplanentwurf in der Stadt Roßlau bearbeitet wurde, die folgende Offenlage und Trägerbeteiligung in der Stadt Dessau-Roßlau. Auf der Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen werden im Baugebiet Vorkehrungen hinsichtlich des Lärmschutzes zu treffen sein sowie Vorkehrungen zur Vermeidung von Belastungen aus dem Grundwasser zu ergreifen sein. Mit dem Vorhabenträger wurden diese Maßnahmen besprochen und schriftlich zustimmend bestätigt.

Unabhängig von der Bereitschaftserklärung des Vorhabenträgers, meinte **Herr Dr. Sauermilch, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, solle man mit der Bahn Gespräche aufnehmen, um deren Beiträge zur Lärminderung abzufragen. Er sehe einen Zusammenhang mit der Vorlage zum Aufstellungsbeschluss für die geplante Biogasanlage in der Lukoer Straße. Da auch in dieser Sache eine Entscheidung nötig sei, machte er alternative Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise. Zum einen die Aufgabe des Gewerbegebiets und Überlassung der Fläche dem Naturraum. Zum anderen die Neuwerbung von Industrieansiedlungen für das Gewerbegebiet. Aufgrund des anliegenden Schienenverkehrs möglichst Schwerindustrie. Letztendlich sei jedoch ein Mittelweg zu wählen, nachdem man die Bedenken gegen eine Biogasanlage ausgeräumt habe. Mit einer vernünftigen Abwägung aller Interessenslagen solle man zueinander finden. Er schlug vor, den Besuch der Biogasanlagen am 25.10.2008 abzuwarten und beide Vorlagen gemeinsam zur Entscheidung zu bringen. Abschließend stellte er den **Antrag auf Zurückstellung** der Beschlussvorlage.

**Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, sprach dieser Vorgehensweise die logische Begründung ab. Entweder sei die Biogasanlage unschädlich für die umliegende Bebauung, dann sei deren Bau möglich oder sie sei schädlich, dann könne nicht gebaut werden.

Auf den Rahmenplan für das Kasernengelände hinweisend, erklärte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dass der Flächennutzungsplan mit entsprechenden Widmungen versehen sei. Nachdem **Herr Schmidt** die Ausweisung von Wohnbauflächen bestätigte, solle man nach Auffassung des **Herrn Dr. Schmidt** konsequenterweise jetzt die Abwägung beschließen.

Der Flächennutzungsplan sei mit einer Selbstbindung der Stadt verbunden, so **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**. Die verbindliche Bauleitplanung, die in Gang gesetzt wurde, ergebe mit dem heutigen Beschluss und den genannten Rahmenbedingungen die Möglichkeit der Errichtung einer Wohnbebauung am Standort. Das selbe soll mit dem Aufstellungsbeschluss für die Biogasanlage erreicht werden. Er richtete den Appell an die Stadträte, mit diesem Beschluss genauso zu verfahren und beiden Verfahren gleiche, faire Chancen einzuräumen.

Weitere Rückfragen wurden nicht gestellt, so dass zunächst über den **Antrag auf Zurückstellung** der Beschlussvorlage abgestimmt wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

1 : 6 : 0

Die anschließende Abstimmung des Beschlussvorschlages ergab eine einstimmige Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

7 : 0 : 0

- 4.4. Beschluss über die öffentliche Auslegung und die Behördenbeteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum"**  
**Vorlage: DR/BV/354/2008/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

7 : 0 : 0

- 4.5. Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen**
- **nördlicher Teilabschnitt Gartenstraße (Zwischen Turmstraße und Stenesche Str.)**
  - **nördlicher Teilabschnitt Bauhofstraße (nördlich Am Leipziger Tor bis zur Wärmeübergabestation)**
  - **westliches Ende der Elisabethstraße (ca. 50 m) im Abschnitt nördlich des ehemaligen "Andes-Gelände" und die Gehwege auf der Nord- und Südseite in diesem Abschnitt**
- Lage: siehe Übersichtspläne**  
**Vorlage: DR/BV/351/2008/VI-66**

Da an dieser Stelle ein enger Zusammenhang zum Stadtumbau bestehe, bat **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, um Erläuterungen zur Verfahrensweise durch **Herrn Pfefferkorn, Amtsleiter Tiefbauamt**, der darüber informierte, dass Straßen, die wegen des Rückbaus der anliegenden Bebauung ihre Funktion und Bedeutung verlieren ebenfalls zurückgebaut werden und so zur Entlastung des baulichen Unterhalts beitragen. Deutlich zu machen sei, so **Herr Bürgermeister Gröger**, dass nicht nur Gebäude zurückgebaut werden, sondern ein flächenhafter Rückbau, einschließlich der Infrastruktur erfolge.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

7 : 0 : 0

- 4.6. Entwurf Lärmaktionsplan**  
**Vorlage: DR/BV/349/2008/VI-83**

Grundlage des vorliegenden Entwurfs zum Lärmaktionsplan, so erläuterte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**, sei die Lärmkartierung aus dem Jahr 2007 und den Festlegungen der, aufgrund der hohen verkehrlichen Belastungen, zu untersuchenden Straßen. Weitergehend benannte sie die betreffenden Bereiche und erklärte, dass in die Lärmaktionsplanung andere Planungen, wie z. B. die Verkehrsentwicklungsplanung, sowie Hinweise und Anregungen von Bürgern eingeflossen seien. Entsprechend des angegebenen Zeitplanes sei nun vorgesehen, nach Billigung des Entwurfs durch das Gremium, diesen über einen Zeit-

raum von zwei Wochen offen zu legen und anschließend nach der Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen eine Beschlussfassung zu erreichen.

Die Nachfrage des **Herrn Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, nach der Einbeziehung der Erkenntnisse des Modellvorhabens im Stadtteil Roßlau, verneinte **Frau Dr. Kegler**, da dieses Vorhaben eine Kombination mit dem ÖPNV zur Erreichung eines umweltgerechten Verkehrs zum Inhalt hatte. In dem vorliegenden Lärmaktionsplan seien Maßnahmen für die Magdeburger sowie die Luchstraße vorgesehen.

Aufgrund der in Planung befindlichen Teilortsumgehung im Stadtteil Roßlau, merkte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, an, dass sich die Belastungen für die Magdeburger und Luchstraße ändern werden, so dass die Ansätze erneut zu prüfen seien.

Die Grundlage der Betrachtungen, so **Frau Dr. Kegler**, stelle die Lärmkartierung aus dem Jahr 2007 sowie weiter gehende aktuelle Daten dar, die Teilortsumgehung im Stadtteil Roßlau sei als Maßnahme im Aktionsplan beinhaltet.

Die Auslegungszeit sei mit zwei Wochen sehr knapp bemessen. Auch aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit, schlug **Herr Dr. Schmidt** vor, diesen Zeitraum, entsprechend den B-Planverfahren auf vier Wochen zu verlängern. Darüber hinaus seien in der Anlage 1 der Beschlussvorlage einige Straßen nicht in die Kartierung einbezogen worden.

Kartiert wurden, antwortete **Frau Dr. Kegler**, nur diejenigen Straßenbereiche, deren Belastungen die geforderten Fahrzeugbewegungen aufweisen. In einem weiteren Schritt werden künftig auch Straßen kartiert, die eine geringere Belastung haben. **Herr Kniestedt, Amt für Umwelt und Naturschutz**, ergänzte, dass, nachdem die Kartierung im Jahr 2007 abgeschlossen war, eine Verständigung hinsichtlich der Auslösewerte erfolgte, die zur Festlegung führten, in welchen Bereichen der Aktionsplan aufgelegt werde. Diese Schwellenwerte seien bei einigen Straßen nicht überschritten. Demzufolge wurde keine Kartierung durchgeführt, obwohl die Maßnahmen Auswirkungen auf diese Bereiche haben.

Nach Diskussionen verständigte man sich auf die folgende **Arbeitsrichtung**. Eine zusätzliche Kartierung wird aus Kostengründen nicht durchgeführt. Die vorliegenden Daten werden jedoch in den anliegenden tabellarischen Aufstellungen ergänzt. Die Offenlage des Planentwurfs wird über einen Zeitraum von vier Wochen erstreckt.

Mit diesen Änderungen wurde die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde **geändert beschlossen**.

## **5. Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **5.1. Informationen des Dezernats für Bauwesen und Umwelt**

#### **5.1.1. Verkehrskonzept im Bereich der Museumskreuzung**

Wie bereits in der Abstimmung über die Tagesordnung festgelegt, wurde die Vorstellung des Verkehrskonzepts im Bereich Museumskreuzung bis zur nächsten Sitzung des Gremiums **zurück gestellt**.

## 5.2. Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Zum Vorhaben Einkaufszentrum Magdeburger Straße informierte **Herr Schmidt, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass nach der hier bestätigten Planänderung und der durchgeführten Trägerbeteiligung keine entscheidenden Einwände vorgebracht wurden. Aus diesem Grund sei geplant, das Baugenehmigungsverfahren einzuleiten.

Diese Vorgehensweise wurde durch das Gremium mitgetragen.

Zum geplanten Besichtigungstermin der Biogasanlagen am 25.10.08 informierte **Herr Schmidt** darüber, dass nicht das erwartete Interesse zur Teilnahme an der Fahrt bekundet wurde. Darüber hinaus wurde von der Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer Biogasanlage in der Lukoer Straße eine Teilnahme am Besichtigungstermin abgelehnt, so dass man die Beschränkung der Tour auf die Anlage in Wiesenburg erwäge.

Um eine Vergleichbarkeit mit der geplanten Anlage zu erreichen, argumentierte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, sei es notwendig beide Anlagen zu besichtigen.

Dies fand die Zustimmung des Gremiums.

**Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, informierte über die am 30.09.08 stattgefundene Evaluierung des Dessauer Beitrags zur Internationalen Bauausstellung 2010. Seiner Meinung nach, habe die Veranstaltung einen guten Verlauf genommen, die Fortschritte, die in Dessau auf diesem Gebiet erzielt wurden, fanden breiten Zuspruch. Die gegebenen Hinweise zur Vorbereitung der IBA 2010, das Thema Urbane Kerne und Landschaftliche Zonen als in sich geschlossenen Komplex zu betrachten und den Fokus nicht auf Einzelmaßnahmen zu legen, werde man berücksichtigen.

Als Auszeichnung für die Stadt Dessau-Roßlau bezeichnete **Herr Bürgermeister Gröger**, dass der Deutsche Städtetag die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 16. und 17.10.08 in der Stadt abhalten werde. Tagungsort werde das Bauhaus sein.

In Bezug auf die bereits behandelten Vorlagen zur Wohnbebauung Bräsener Weg im Zusammenhang mit der Errichtung einer Biogasanlage in der Lukoer Straße stellte **Herr Dr. Sauer-milch, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, den **Antrag**, Rederecht für Herrn Dammann einzuräumen.

Aufgrund der Regelung in der Gemeindeordnung sowie der Hauptsatzung wurde diesem Antrag nicht entsprochen.

Nachdem keine weiteren Anfragen sowie Informationen geäußert wurden, schloss **Frau Lohde, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:30 Uhr.

Dessau-Roßlau, 28.10.2008

Jacqueline Lohde  
Stellvertretende Vorsitzende des  
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf  
Schriftführer

VI

Anlage:

- Anwesenheitsliste